

Tagungsforum

Nachlese DAAD-Tagung: Internationalisierung der Juristenausbildung

Katrin Fohmann*

Die Internationalisierung des Jura-Studiums kennt manche Hürde: Inhaltlich konzentriert sich das Fach stark auf das nationale Recht. Aus struktureller Sicht ist die Integration von Mobilitätsfenstern in den Staatsexamensstudiengängen erfahrungsgemäß keine leichte Aufgabe. Möglichkeiten, Herausforderungen und Perspektiven in diesem Kontext thematisierte der DAAD am 28. Januar in Berlin: Rund 50 Vertreterinnen und Vertreter von juristischen Fakultäten und Akademischen Auslandsämtern sowie Studierende diskutierten bei der Konferenz „Internationalisierung der Juristenausbildung“.

A. Wo steht die Internationalisierung der Juristenausbildung?

Wie die Bestandsaufnahme zu Beginn der Veranstaltung verdeutlichte, wurde die Internationalisierung im Jura-Studium in den vergangenen Jahren sukzessive ausgebaut.

Der Blick auf die Statistik zeigt: Knapp fünf Prozent aller Studierenden in Deutschland waren 2014/15 in den Rechtswissenschaften eingeschrieben. Mehrheitlich wollen sie mit dem Staatsexamen abschließen, doch auch gestufte Jura-Studiengänge sind nachgefragt: Gut jeder vierte Studierende strebte im vergangenen Studienjahr einen Bachelor- oder Masterabschluss an. *Vanessa Orlik* vom Statistik-Referat des DAAD verwies auf die aktuelle DAAD/DZHW-Studie: Demnach liegt die Studierendenmobilität im Fach Jura mit 28 Prozent im Durchschnitt. Dabei sind sowohl die Staatsexamensstudiengänge als auch rechtswissenschaftlichen Bachelor-/Masterstudiengänge berücksichtigt. Bei den Erasmus-Zielländern steht Frankreich an erster Stelle, mit einigem Abstand folgen Spanien und Großbritannien. Die meistgenannten Motive der zukünftigen Juristinnen und Juristen für einen Auslandsaufenthalt sind die Wünsche, etwas Besonderes zu erleben, Sprachkenntnisse zu verbessern und eine andere Kultur kennenzulernen. Ein weiteres wichtiges Argument ist die Aussicht, durch den Auslandsaufenthalt die Bewerbungschancen zu verbessern. Dem gegenüber spielt die Absicht, gezielt fachliche Kenntnisse an einer ausländischen Hochschule zu erwerben, eine nachrangige Rolle. Auffällig niedrig ist bei den Juristen der Erwerb von ECTS-Punkten im Rahmen des Auslandsaufenthalts: Während laut DAAD/DZHW-Studie 62 Prozent aller mobilen Studierenden im Rahmen ihres Auslandsaufenthaltes ECTS-Punkte erworben haben, ist dies bei den Rechtswissenschaften nur bei 27 Prozent der Fall. Gut zwei Drittel der be-

* Referentin, Deutscher Akademischer Austauschdienst (DAAD).

fragten Jura-Studierenden geben an, dass in ihrem Studiengang keine ECTS-Punkte vorgesehen waren.

Das Beispiel der „European Law Students‘ Association (ELSA)“ zeigt, wie sich die Jura-Studierenden vernetzen, die den Austausch auf europäischer Ebene bewusst suchen. Als Präsident von ELSA Deutschland stellte *Ferdinand Hnatkow* das Netzwerk mit europaweit 40.000 Mitgliedern vor. In Deutschland verteilen sich 11.000 Mitglieder auf 42 Lokalgruppen. ELSA bietet ein eigenes Praktikantenaustauschprogramm an, internationale Study Visits, Legal Research Groups u.a. Wie *Hnatkow* unter Rückgriff auf die Angaben einiger Mitglieder zeigte, sehen die deutschen ELSANER in puncto „Internationalität“ die skandinavischen Länder im Vorteil.

Von binationalen Studiengängen über Erasmussemester bis zur Wahlstation im Ausland haben die Mobilitätsmöglichkeiten während des Jura-Studiums und des anschließenden juristischen Vorbereitungsdienstes deutliche Schritte vorwärts gemacht. Auch inhaltlich gewinnen internationale Perspektiven an Bedeutung – beispielsweise mit den Wahlmöglichkeiten innerhalb des „Schwerpunktstudiums“ oder einem auf „Internationales“ ausgerichteten Ausbildungsschwerpunkt im Vorbereitungsdienst. In seiner Bestandsaufnahme kam *Professor Gerhard Hobloch* von der Universität Freiburg jedoch auch auf Grenzen der Internationalisierung zu sprechen: Nach wie vor werde das Recht überwiegend „national gesetzt“; die Entwicklung eines Rechtsstudiums ohne grundsätzliche Begrenzung auf eine Rechtsordnung erweise sich deshalb in Europa als ungleich schwieriger als z.B. in einem „Mehrrechtsstaat“ wie den USA. Des Weiteren brächten Ansätze zur Beherrschung mehrerer Rechtsordnungen ein faktisches Belastungsproblem mit sich. In der Diskussion sprach er sich dafür aus, internationale prüfbare Inhalte mit in das Staatsexamen zu integrieren.

Der Deutsche Juristen-Fakultätentag (DJFT) hat sich zur Internationalisierung bislang nicht offiziell positioniert. Als DJFT-Vorsitzender unterstrich *Professor Joachim Lege* von der Universität Greifswald das Alleinstellungsmerkmal des Einheitsjuristen mit staatlicher Prüfung, der auch aufgrund seiner internationalen Anerkennung „Zukunftsfähigkeit und Internationalität gewährleistet“. Er verteidigte den wissenschaftlichen Charakter des Studiums und warnte vor einer zu starken Orientierung an einer angeblichen Nachfrage nach neuen „berufsqualifizierenden“ Spezial-Studiengängen. Den Mehrwert von Internationalisierung sah *Lege* in der Persönlichkeitsbildung durch die Begegnung mit dem Fremden. Ansatzmöglichkeit für mehr Internationalisierung könnte die Förderung von ausländischen Professoren an deutschen Jura-Fakultäten bieten – bislang ist Saarbrücken hier Vorreiter. Darüber hinaus erwiesen sich die Fremdsprachen und Grundlagenfächer als international besonders anschlussfähig: Rechtsgeschichte, -philosophie oder Rechtsvergleichung würden sich *Leges* Meinung nach für den Austausch über die Grenzen hinweg besonders eignen.

B. Beispiele der Internationalisierung des Jura-Studiums

Die Präsentationen der Universitäten Passau, Mannheim und Köln zeigten, wie ein hohes Maß an Internationalität im Jura-Studium machbar ist. Das Mobilitätsangebot kommt bei den Studierenden sichtbar gut an. Gleichzeitig erzählten die Praxis-Beispiele aber auch von dem hohen bürokratischen und organisatorischen Einsatz, den die Fakultäten insbesondere bei den Verhandlungen mit den Landesjustizprüfungsämtern leisten.

Studierende der Universität Passau können im Schwerpunktbereich „Ausländisches Recht“ des Staatsexamensstudiengangs Jura ein Auslandsjahr absolvieren, das vollständig anrechenbar ist. Das Ergebnis des Auslandsstudiums geht als im Ausland erworbener Teilabschluss in die Erste Juristische Prüfung mit ein. Im Zentrum des Auslandsaufenthalts steht die vertiefte Auseinandersetzung mit der Rechtsordnung in der Landes- bzw. Amtssprache des jeweiligen Gastlandes. Im Studienjahr 2013/14 studierten 29 von 55 Studierenden diesen Schwerpunkt. Wie *Professor Hans-Georg Dederer*, Prodekan der Juristischen Fakultät Passau, deutlich machte, lässt sich das Auslandsstudium im Schwerpunktbereich „Ausländisches Recht“ auch gut mit einem zusätzlichen Abschluss wie der französischen „Licence en droit“, dem spanischen „Grado en Derecho“ oder dem Doppelmaster „Deutsches und Russisches Recht“ verbinden. Umgekehrt können ausländische Studierende, die in Passau das Staatsexamen anstreben, aufgrund einer flexiblen Anerkennungspraxis im Idealfall fast zwei Studienjahre sparen.

Die Universität Mannheim setzt ihre Mobilitätsfenster mit einer Alternative zum tradierten Staatsexamensstudiengang um. Zum einen bietet die juristische Fakultät einen Bachelor- und zwei Masterstudiengänge in Rechtswissenschaften an. Zum anderen integriert der gestufte Kombinationsstudiengang Rechtswissenschaft mit Staatsexamensoption den Bachelorstudiengang „Unternehmensjurist/in LL.B.“. *Dr. Katrin Schoppa*, Geschäftsführerin der Abteilung Rechtswissenschaft an der Fakultät für Rechtswissenschaft und Volkswirtschaftslehre, stellte das „Mannheimer Modell“ vor: Das Bachelorstudium legt den Fokus sowohl auf die Wirtschaftswissenschaften als auch das allgemeine Zivil- und Wirtschaftsrecht. Im 5. und 6. Semester ist ein Auslandsaufenthalt vorgesehen. Nach dem ersten Abschluss können die Studierenden im Rahmen eines Ergänzungsstudiums die für die Erste Juristische Prüfung fehlenden Inhalte des Strafrechts und Öffentlichen Rechts nachholen. Auch hier besteht eine Auslandsoption. Trotz des Erfolges auch der Mannheimer Studiengänge Master of Laws (LL.M) und Master of Comparative Business Law (M.C.B.L) entscheiden sich die meisten Studierenden des Kombinationsstudiengangs Rechtswissenschaft, nach dem Bachelor bis zum Staatsexamen weiter zu studieren.

Die Universität zu Köln hat gleich mehrere internationale rechtswissenschaftliche Doppelabschlussprogramme im Angebot. Das älteste ist das seit 25 Jahren bestehende Doppelabschlussprogramm in Kooperation mit der Université Paris 1 Panthéon-Sorbonne. Es folgten ein deutsch-englisches Doppelabschlussprogramm

mit dem University College London, ein Masterstudiengang zum deutsch-türkischen Wirtschaftsrecht als Joint Degree mit der Istanbul Bilgi Üniversitesi, ein Doppelabschlussprogramm mit der Istanbul Kemerburgaz Üniversitesi und eines mit der Università degli Studi di Firenze. Kleine Gruppen, die Vermittlung von Kenntnissen zweier nationaler Rechtssysteme inklusive der unterschiedlichen Methoden der Rechtsanwendungstechnik, fremdsprachige und interkulturelle Kommunikation als Studienalltag – solche Vorzüge machen die gemeinsamen Studienprogramme attraktiv. Laut *Dr. Jan Kruse*, Geschäftsführer des Zentrums für Internationale Beziehungen der Kölner Rechtswissenschaftlichen Fakultät, können die im LL.B.-Studiengang erbrachten Leistungen bei Fortsetzung des Studiums in Köln angerechnet werden. In diesem Fall entfallen die Zwischenprüfung und die Schwerpunktbereichsprüfung im Staatsexamen. Nach zwei bis drei Anschlusssemestern können die Studierenden die „Erste Juristische Prüfung“ ablegen, die – wie die französischen, türkischen und italienischen Abschlüsse – den Weg zu den klassischen juristischen Berufen als Rechtsanwalt, Richter oder Staatsanwalt eröffnet.

C. Quo vadis? Zukunftsperspektiven der Juristenausbildung

Über internationale Berufsperspektiven für Juristen berichteten *Margret Hofmann*, Direktorin des Europäischen Betrugsbekämpfungsamtes OLAF, und *Dr. Olaf Christiansen*, Syndikusanwalt und Vorsitzender der Deutsch-Amerikanischen Juristen-Vereinigung (DAJV). Neben den Einsatzmöglichkeiten in international agierenden Unternehmen und internationalen Organisationen verwies *Professor Gerhard Hohloch* auch auf die im Inland wachsende Zahl und Bedeutung von „Rechtsfällen mit Auslandsberührung“. Seiner Beobachtung nach gewinnt der Bezug zu ausländischen Entwicklungen auch außerhalb der typischen „international“ ausgerichteten Lehrinhalten in den Curricula deutscher Hochschulen an Bedeutung.

„Wie soll die Juristenausbildung in zehn Jahren aussehen?“ diese Frage stellte die abschließende Podiumsrunde unter Moderation von *Peter Greisler*, Unterabteilungsleiter Hochschulen im Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF). Weitgehend einig waren sich die Diskutanten bezüglich der formulierten Notwendigkeit, Lehrinhalte und Prüfungsstoff des Jura-Studiums zu „entschlacken“. Dadurch könnten auch internationale Elemente gestärkt werden. Eine Reduzierung des Auswendiglernens, den verstärkten Einsatz moderner Prüfungsformen wie Moot Courts sowie die Umstellung auf Laptop-Klausuren und Digitale Gesetze forderte *Janwillem van de Loo*, Vorsitzender des Bundesverbands Rechtswissenschaftlicher Fachschaften (BRF). Er plädierte für eine stärkere Integration der Praxis ins Studium, was auch zu einem Gewinn im Bereich Internationalisierung führen könnte. Laut *van de Loo* könnte die begleitende Einführung des Bachelorabschlusses die Angst vor dem Staatsexamen nehmen: Im Falle des Nichtbestehens droht den Betroffenen derzeit, nach mehr als vier Studienjahren ohne Ab-

schluss zu sein. Für die Staatsexamensstudierenden sei dies auch eine Frage der Gerechtigkeit, da die in ihrem Studiengang anfallende Arbeits- und Prüfungslast der im Bachelor-Studiengang mindestens vergleichbar sei.

Nach Aussage von *Professor Lege* halte der Deutsche Juristen-Fakultätentag „hartnäckig“ am deutschen Voll- und Einheitsjuristen mit Staatsprüfung fest. Eine Horizonterweiterung sei wünschenswert – insbesondere in den Grundlagenfächern. Hierbei könnten Auslandserfahrungen einen wichtigen Beitrag leisten. Mit Verweis auf Aspekte der sozialen Gerechtigkeit zweifelte *Lege* an der Möglichkeit, Auslandsmobilität obligatorisch einzuführen. Auch *Professor Dederer* hielt dies für wenig realistisch. Obgleich sich deutsche Juristen im öffentlichen Dienst vorwiegend im nationalen Rechtsraum bewegten, so plädierte *Dederer* mit Blick auf die zunehmende Erweiterung des internationalen Rechtsverkehrs dafür, im Jura-Studium stärker auf Internationalisierung zu achten.

Die Frage nach dem Verhältnis von Staatsexamen und Bachelor/Master spaltete die Geister auf dem Podium und im Publikum. Mehrheitlich wurde dem Staatsexamen eine größere akademische Freiheit bescheinigt. Die Befürworter der gestuften Studienstruktur argumentierten mit mehr Flexibilität und Perspektive bei der Studiengestaltung – auch bei der Einbindung von Mobilitätsfenstern. Demgegenüber pochten die Verfechter des Staatsexamens auf die Qualitätsgarantie des auch international anerkannten Einheitsjuristen. Sie zweifelten an den beruflichen Perspektiven eines Bachelor-Abschlusses und sahen in der Umstellung keinen Mehrwert angesichts des Aufwands mit der notwendigen Modularisierung. Aus der Internationalisierungsperspektive bleibt festzuhalten: Ob Staatsexamen oder Bachelor/Master – die Mobilität im Jura-Studium ist trotz mancher Hürden machbar und lohnend.